

Umfassendes Bild

Von 14. bis 19. Mai 2006 reisten Mitarbeiter des Bundesministeriums für Inneres, des Bundesasylamtes und des Unabhängigen Bundesasylsenats im Rahmen einer Fact-Finding-Mission in den Kosovo, um aus erster Hand asylrelevante Informationen zu erhalten.

Aufgrund der in Österreich konstant hohen Asylantragszahlen aus Serbien/Montenegro und insbesondere dem Kosovo wurde zwischen dem Bundesasylamt (BAA) und dem Unabhängigen Bundesasylsenat (UBAS) sowie aufgrund einer diesbezüglichen Empfehlung des Staatendokumentationsbeirats, festgelegt, aktuelle und möglichst originäre Informationen aus dem Herkunftsgebiet in Erfahrung zu bringen.

Bereits 1999 gab es eine Fact-Finding-Mission des BAA, BMI und UBAS in den Kosovo; damals konnte man positive Erfahrungen sammeln, die sich nachhaltig auf die Qualität von Asylverfahren niederschlugen.

Der Schwerpunkt der neuen Fact-Finding-Mission in den Kosovo vom 14. bis 19. Mai 2006 lag einerseits auf der Sammlung von Informationen, die für die Prüfung des Statusfeststellungsverfahrens maßgeblich sind, andererseits auf aktuellen Erkenntnissen in Hinblick auf Rückkehrfragen und die damit verbundene Frage der Gewährung von subsidiärem Schutz.

Bei der Informationsgewinnung für das Asylverfahren wurde der Fokus auf das aktuelle Vorbringen der Asylwerber aus der Herkunftsregion des Kosovo gelegt. Dazu gehört die Lage der Minderheiten, insbesondere der Goraner und Roma, die Schutzfähigkeit der nationalen und internationalen Sicherheitsorgane wie *Kosovo Police Service (KPS)* und *UNMIK (UN Mission in Kosovo)* sowie die allgemeine Sicherheitslage im Kosovo, wobei auch die Auswirkungen und mögliche Perspektiven in Hinblick auf die in Wien stattfindenden Statusgespräche analysiert wurden.

Bezüglich Rückkehrfragen wurden in enger Kooperation mit Vertretern der UNMIK und IOM aktuelle Fortschritte und zum Teil noch bestehende



Teilnehmer der Fact-Finding-Mission in den Kosovo.

Problemstellungen bei der Rückkehr in den Kosovo erörtert. Auch die medizinische Versorgung wurde analysiert, um eine eventuelle subsidiäre Schutzbedürftigkeit von Asylwerbern aus dem Kosovo besser einschätzen zu können

Teilnehmer. Um die Qualität, Aktualität und insbesondere die Ausgeglichenheit der gewonnenen Informationen sicherzustellen, wurde die Fact-Finding-Mission unter Beteiligung verschiedener Behörden und Organisationen durchgeführt, wobei sich das internationale Interesse an der Mission auch an den teilnehmenden Organisationen zeigte. Die Schweizer Asylbehörde nahm mit einem Vertreter teil; im Rahmen der verstärkten Kooperation mit den Staaten des „Salzburg Forums“ wurde auch eine slowenische Delegation entsandt.

Es zeigte sich, dass nicht zuletzt durch die Fact-Finding-Mission die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Asylbehörden in der Europäischen Union in der Praxis umgesetzt wird, um durch gemeinsame Informationsgewinnung bestmögliche Resultate zu erzielen, die letztlich auch einen Beitrag zur Harmonisierung der Asylverfahren darstellen.

Das Programm wurde in enger Kooperation mit den teilnehmenden

Behörden und Organisationen abgestimmt und vom Verbindungsbeamten des BMI an der Außenstelle der Österreichischen Botschaft in Pristina, Oberstleutnant Andreas Pichler, in engem Kontakt mit dem Bundesasylamt organisiert. Pichler sorgte auch vor Ort für den reibungslosen Ablauf der Mission und stand den Teilnehmern während der gesamten Woche mit Rat und Tat zur Seite. Bei der Planung des Programms wurde darauf Bedacht genommen, bei der

Auswahl der Gesprächspartner eine ausgewogene Mischung von hochrangigen Vertretern nationaler und internationaler Organisationen, von Verwaltungsbehörden und von Vertretern auf „Arbeitsebene“ sicherzustellen, um ein möglichst ausgewogenes Bild von der Herkunftsregion zu bekommen.

„Österreich ist nicht die Lösung“.

Ein Höhepunkt der Mission war ein Besuch der Dragash Region, wo sich die Teilnehmer vor Ort ein Bild von der Lage der Goraner-Minderheit machen konnten. Besonders beeindruckend war das offensichtliche, allgegenwärtige Naheverhältnis der Bewohner der Region zu Österreich. Dies zeigte sich auch in zahlreichen Gesprächen. Ein Großteil der Goraner berichtete über Verwandte und Bekannte in Österreich, die nicht zuletzt auch wichtige Geldgeber für die Region sind. Dennoch zeigte sich mehr als deutlich, dass nicht alle Bewohner der Gora-Region der stetigen Abwanderung der Bevölkerung positiv gegenüberstehen. So findet sich in der Goraner Ortschaft Donja Rapca ein Graffiti mit der Aufschrift „Österreich ist nicht die Lösung“.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch in der geteilten Stadt Mitrovica, die ähnlich wie das einstige Berlin streng in zwei Teile getrennt ist – in den von Albanern bewohnten Süden

Ihr DVD-Shop im Internet

(www.alles-dvd.com)

ALLES-DVD

DVDs ab € 2,99



GAS • WASSER • HEIZUNG • SOLAR

2120 WOLKERSDORF • Hauptstrasse 13 • Tel.02245/5115 • Fax DW-15

Mobil:0664/4650562

e-mail:info@bernhard-strobl.at • www.bernhard-strobl.at



GAS • WASSER • HEIZUNG
KLIMATECHNIK

SÄMTLICHE REPARATUREN



IM DIENSTE
UNSERER KUNDEN



1210 Wien
Jedleseer Straße 74

Tel. 01/270 33 56

Fax: 01/270 33 56-20

e-mail: sanfixgmbh@aon.at

und den überwiegend von Serben bewohnten Nordteil der Stadt. Bei einer Führung durch die OSZE-Vertretung in Mitrovica wurde klar vor Augen geführt, dass die Lage in der Stadt in letzter Zeit ruhig war, die Spannungen jedoch nach wie vor spürbar sind. Das tägliche Leben ist von einer strikten Trennung der Volksgruppen geprägt. Die Brücke über den Fluss, die für den allgemeinen Verkehr geöffnet ist, wird daher fast ausschließlich von Fahrzeugen der internationalen Staatengemeinschaft frequentiert.

Mehr als deutlich zeigte sich im Rahmen der Mission, dass das schwerwiegendste Problem des Kosovo nach wie vor die schlechte Wirtschaftslage und die hohe Arbeitslosenquote ist. Die Infrastruktur im Kosovo hat sich in den letzten Jahren nicht verbessert. Der Zustand der Verkehrswege wie Straßen und Eisenbahnnetz ist nach wie vor in desolatem Zustand.

Die Wirtschaft hat sich auch Jahre nach dem Krieg nicht erholt. Die Arbeitslosenquote liegt offiziell bei etwa 50 bis 70 Prozent und internationale Investoren sind bislang nicht bereit, verfügbare Mittel in den Kosovo einzubringen. Derzeit stehen die ungeklärte Statusfrage sowie die vielfach ungeklärten Eigentumsrechte internationalen Investitionen entgegen. Auffällig ist jedoch die rege Bautätigkeit. In den meisten Ortschaften stehen zahlreiche Rohbauten, wobei hier offensichtlich auf raumplanerische Aspekte keine Rücksicht genommen wurde. Im Kosovo gibt es eine blühende Schattenwirtschaft, sowie einen regen Geldfluss von Kosovern, die im Ausland leben. Dadurch ist für den überwiegenden Teil der Bevölkerung eine Existenzsicherung gewährleistet.

Aufgrund der Dichte des Programms und der Anzahl der Gesprächspartner konnten sich die Teilnehmer an der Fact-Finding-Mission ein umfassendes Bild zur Lage im Kosovo machen. Die ersten Ergebnisse der Fact-Finding-Mission wurden beim EURASIL-Workshop am 29. und 30. Mai 2006 in Nürnberg vorgestellt, der in Kooperation zwischen dem Bundesasylamt und der deutschen Asylbehörde BAMF organisiert wurde. Am 27. Juni 2006 wurden die Erkenntnisse der Fact-Finding-Mission bei der letzten Sitzung des Staatendokumentationsbeirats erörtert. *Gerald Dreveny*